

1031/AE XX.GP

Entschließungsantrag

Der Abgeordneten Mag. Reinhard Firlinger und Kollegen

betreffend Rettung der Bahn in Österreich

Bereits seit geraumer Zeit läuft die Bahnreform in Österreich schief: die ÖBB wurden zwar rechtlich verselbständigt, für den Steuerzahler wurden sie dadurch aber nicht billiger, ganz im Gegenteil. Gleichzeitig ist festzustellen, daß die Leistungen und Angebote der Bahn in Umfang und Qualität laufend schlechter werden, speziell im Personenverkehr aber auch im Bereich kürzerer Gütertransporte.

So investieren die ÖBB zunehmend in Straßenfahrzeuge, erst dieser Tage wurden hunderte Busse bestellt, schon bisher waren die ÖBB der größte LKW - Betreiber Österreichs und machen hier der Privatwirtschaft massiv Konkurrenz. Erst kürzlich wurden beispielsweise Speditionsbetriebe aus dem früheren Besitz der KPÖ erworben.

Auf der anderen Seite werden Verkehre - derzeit vor allem der Güterverkehr - abseits der Hauptstrecken systematisch eingestellt, die Fahrzeuge verschrottet, um auch allfällige Konkurrenten auf diesem Geschäftszweig - schließlich wäre im Rahmen der Bahnliberalisierung ein Privatbetrieb durchaus möglich - auszuschalten. Dies, obwohl die ÖBB das diesbezügliche Anlagevermögen im Zuge der Ausgliederungen geschenkt erhielten, während Private die Betriebsmittel erwerben müßten.

Dabei ist festzuhalten, daß diese Mängel zweifellos nicht auf Unfähigkeit oder Unwilligkeit des bewährten Personals zurückzuführen sind, vielmehr werden durch das Management laufend neue und widersprüchliche Sparpläne erstellt und Umorganisationen durchgeführt, die entsprechend katastrophale Auswirkungen zeigen und in manchen betriebsrelevanten Bereichen bereits zu akutem Personalmangel geführt haben, während die Direktionsetagen stärker denn je aufgebläht sind.

Dies alles geschieht, obwohl die ÖBB in Verträgen über die sogenannten gemeinwirtschaftlichen Leistungen mit den Bundesländern und nicht zuletzt mit dem Verkehrsminister sich zu diesem Betrieb verpflichtet haben und hierfür auch beträchtliche Gelder erhalten.

Es geschieht vor allem vor dem Hintergrund einer millionenteuren Werbekampagne des Verkehrsministers und der Bahn, mit deren Hilfe Milliardeninvestitionen in die Infrastruktur gerechtfertigt werden sollen, so daß sich die Bürger, soweit sie die Bahn überhaupt noch wahrnehmen und benützen können, zu recht verhöhnt fühlen: Die Milliardeninvestitionen bewirken etwa auf der Westbahn, wo am meisten gebaut wurde, daß weniger und schlecht gewartete und häufig überfüllte Züge mit längeren Fahrzeiten als vor den Baumaßnahmen verkehren. Und den Güterverkehr (Stichwort ‚LKW - Entferner‘) auf kürzeren Strecken verlagert die Bahn selbst auf die Straße!

Um nun zu verhindern, daß aufgrund eines fehlgeleiteten Managements und fehlender politischer Rahmenbedingungen - das ÖBB - Gesetz regelt nur den formalen Rahmen, nicht aber verkehrspolitische Ziele und der Verkehrsminister, der hierzu ein Weisungsrecht besitzt, hat davon nur einmal und für einen kurzen Zeitraum Gebrauch gemacht - nicht mehr korrigierbare Fehler in der Verkehrspolitik verursacht werden, bedarf es rascher Maßnahmen, die sicherstellen, daß die ÖBB ihren Betrieb so führen, wie die zahlenden Österreicher dies auch benötigen und wie dies das erklärte Ziel der

Verkehrspolitik ist: einen möglichst großen Anteil des Verkehrsgeschehens auf der umweltfreundlicheren Schiene abzuwickeln. Das gilt insbesondere für den angestrebten Rückzug aus der flächendeckenden Versorgung auf der Schiene zugunsten von Straßentransporten. Sollten die ÖBB dazu nicht imstande oder willens sein, so muß sichergestellt werden, daß Privatinteressenten nicht so wie derzeit durch den Quasi - Monopolisten ÖBB behindert werden können sondern gleich günstige Bedingungen wie die ÖBB vorfinden und alle erforderlichen Einrichtungen nützen können. Hier muß vor allem auch verhindert werden, daß durch den Abbau von Anlagen vollendete Tatsachen geschaffen werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen

,Der Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, daß die ÖBB Ihre Leistungen flächendeckend und auf der Schiene erbringen bzw. diese Leistungen durch andere Bahnbetreiber auf der Schiene erbracht werden.

In formeller Hinsicht wird vorgeschlagen, diesen Antrag zur Vorberatung dem Verkehrsausschuß zuzuweisen.